

Die Konstruktion von Unschuld in der frühen Nachkriegszeit

– Zum Schulddiskurs in der DDR¹

Heidrun KÄMPER (Mannheim)

Das Thema Nationalsozialismus dominiert in Ost wie in West das öffentliche Reden der Nachkriegszeit. Die Antwort auf die vergangenheitsbezogene Leitfrage ‚Wie konnte das geschehen?‘ sind Gesellschaftsentwürfe, in denen sich nach Ost und West unterscheidbare Schuldkonzeptionen abzeichnen. Dieser Schuldiskurs ist Identitätskonstitution. Kennzeichnend für den ostdeutschen Diskurs ist die Konzeption einer antifaschistisch-demokratischen sozialistischen Gesellschaft, die den Nationalsozialismus als manifestierte Schuld aus dieser Konzeption ausschließt, und zwar in Form von Geschichtsselektion. Der diskursanalytisch angelegte Beitrag untersucht sprachliche Ausdruckformen dieser Selektion, die in der frühen Nachkriegszeit als Identität schaffende Strategien der Stereotypisierung, der Enthistorisierung und der Idealisierung im öffentlichen Reden in der SBZ bzw. DDR nachweisbar sind.

Inhalt

- 1 Einleitung
- 2 Stereotypisierung: *antifaschistischer Kämpfer*
- 3 Enthistorisierung: *nationales Kulturerbe*
- 4 Idealisierung: *Frieden – Freiheit – Demokratie*
- 5 Schlussbetrachtung
- 6 Bibliographie

1. Einleitung

Die Abkehr von den verderbenbringenden Traditionen in unserer Heimat wurde allein innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik vollzogen. Hier hat man die Lehren aus der

-
- 1 Dieser Beitrag bezieht sich auf eine sprachgeschichtliche Untersuchung zum Schulddiskurs in der frühen Nachkriegszeit. Diese Untersuchung, die sich als Beitrag zur sprachlichen Umbruchgeschichte des 20. Jahrhunderts versteht, rekonstruiert aus den Perspektiven der Opfer, der Täter und der Nichttäter die jeweils spezifischen Redeweisen zu den Themen Nationalsozialismus und deutsche Schuld (vgl. Kämpfer 2005).

Geschichte gezogen. (Grotewohl 1950a: 56); Die Katastrophe von 1945 hat dem deutschen Volke, soweit es in der Deutschen Demokratischen Republik lebt, eine innere politische Reinigung gebracht. (Grotewohl 1950a: 59)

Solches Selbstverständnis der DDR, das sich in dieser Rede Otto Grotewohls aus dem Jahr 1950 ausdrückt, ist Ergebnis von Geschichtsselektion. Im Zuge dieser Selektion hat man den Nationalsozialismus in die gesetzmäßige Folge von Feudalismus und Kapitalismus als letztes Stadium eingestellt, nicht aber ihn erklärt „aus dem spezifisch deutschen Nationalismus, so dass ein Bewusstsein von Vergangenheit und Schuld für die DDR-Bevölkerung nicht in Betracht kam“ (v. Polenz 1999: 558). Diese Konstruktion erlaubt es, den Nationalsozialismus „ideologisch allein der BRD und den Westdeutschen“ (v. Polenz 1999: 558) zuzuweisen.² Es ist ausgemacht: Einen bekennenden Schulddiskurs hat es in der DDR (in die ich die SBZ einbeziehe) nicht gegeben. Wenn man über Schuld nachgedacht hat, dann nicht in Kategorien von Schuldensicht, aus der sich dann entsprechendes politisches und gesellschaftliches Handeln abgeleitet hätte, auch nicht in Kategorien von Schuldabwehr, sondern es wurde als Sachverhalt festgestellt: Die DDR ist frei von antifaschistischem Denken, und zwar nur die DDR.³ Der Stabilisierung des Mythos von der durchgängig und konsequent antifaschistischen SBZ/DDR dient ein eingeschränktes Geschichtsbild.

Im Folgenden gilt es zu zeigen, wie diese Geschichtsselektion sprachlich realisiert wird. Dazu wähle ich drei Beispiele aus, die deutlich machen, dass wir es hier mit sprachlichen Strategien zu tun haben. Ich nenne diese Strategien Stereotypisierung, Enthistorisierung und Idealisierung. Es sollen das Stereotyp des antifaschistischen Kämpfers, die enthistorisierte Kulturtradition und die sozialistisch idealisierten Politik- und Gesellschaftskonzepte ‚Frieden‘, ‚Freiheit‘ und

-
- 2 Auch die Historiker urteilen bekanntlich so – exemplarisch sei Reichel zitiert: „Der [...] zweite deutsche Staat konnte sich in zweifacher Weise von der faschistischen Erblast befreien. Zum einen, indem er sie auf die strukturell und personell ‚restaurative‘ Bundesrepublik abwälzte. Zum andern durch die Verknüpfung von bürgerlichkapitalistischer Gesellschaft und imperialistischem bzw. faschistischem Staat in der kommunistischen Faschismustheorie.“ (Reichel 1995: 36) Eine ähnliche Einschätzung gibt Lepsius: „Durch den vollzogenen Typenwechsel zur sozialistischen Gesellschaft waren die Voraussetzungen für den Nationalsozialismus (ex post) beseitigt, und auch die Inhalte und Konsequenzen des Nationalsozialismus gehörten damit nicht mehr zur Eigengeschichte der DDR, sondern nur noch zur Geschichte der kapitalistisch gebliebenen Bundesrepublik. Der Nationalsozialismus wurde über die Kategorie des Faschismus universalisiert: er hatte für die Binnenentwicklung der DDR daher keinen Referenzcharakter mehr und diente nur noch für die Beurteilung der Bundesrepublik im Außenverhältnis zur DDR.“ (Lepsius 1989: 232)
- 3 Vgl. dazu ausführlich Kämper (2005: 413-467). Die lexikographische Darstellung dieser Ergebnisse in Kämper (2006).

„Demokratie“ als strategische Elemente aufgewiesen werden, die diese Geschichtsselektion zum Ausdruck bringen.

Sie werden verstanden als sprachliche Konstituierung von Wirklichkeit. Indem mittels Sprache Bedeutungen konstituiert werden, ist Sprache bekanntlich nicht nur Indikator, sondern auch Faktor historisch-sozialer Prozesse (vgl. Koselleck 1979: 29). Sprache schafft Wirklichkeit als die, wie sie den Menschen erscheint. Mit solch einer „Konstitution von Sinn in der kommunikativen Interaktion wird die Wirklichkeit gesetzt, bestätigt und so als gesellschaftliche erst geschaffen“ (Busse 1987: 283). Insofern geht es im Folgenden um die Nachzeichnung von „Prozesse[n] der ‚Konstruktion von Wirklichkeit‘ im sprachlichen Medium“ (Cherubim 1998: 540f.) im Kontext ihrer historischen und gesellschaftlichen Bedingungen.

Die diskursanalytische Anlage des Beitrags setzt ein Verständnis von Diskurs als von einer Gemeinschaft realisierte und durch thematische Kohärenz gekennzeichnete Serien sprachlicher Äußerungen oberhalb der Textebene voraus.⁴ Serie ist im Gefolge Foucaults grundlegendes Bestimmungstück der Diskursanalyse im hier verstandenen Sinn. Insofern die folgende Untersuchung auf lexikalische Einheiten fokussiert, sind ihr Gegenstand lexikalische Verdichtungen des Nachkriegsdiskurses. Solche diskursiv rekonstruierte Semantik geht über die traditionelle lexikalische Semantik hinaus, die durch die diskursive Darstellung insofern eine neue Dimension erhält, als die lexikalische Serie es erlaubt, semantische Einheiten im kommunikativen Kontext, d.h. in Bezug auf Funktionen und Absichten größerer Sprechergruppen zu rekonstruieren. Die folgende, im zeitgeschichtlichen Horizont stehende linguistische Diskursanalyse stellt also den Gebrauch lexikalischer Einheiten in Bezug auf ihr serielles Vorkommen auf der Folie der historischen politisch-gesellschaftlichen Bedingungen dieses Gebrauchs dar.

2. Stereotypisierung: *antifaschistischer Kämpfer*

Bekanntlich fundiert die Staatsidentität der DDR u.a. auf dem Gründungsmythos des antifaschistischen Kampfes. Leitfigur ist in der frühen Nachkriegszeit die des antifaschistischen Kämpfers. *Antifaschistischer Kämpfer* ist das Autostereotyp der kommunistischen Emigranten und der Kommunisten, die das Konzentrationslager überlebt haben. Die Befreiung bedeutet für sie die Erreichung ihres politischen Ziels, für das sie auch in den Jahren der Emigration und der Haft gekämpft haben. Sie ziehen keinen Strich unter diese Jahre, sie stellen im Gegenteil

4 Vgl. auch Busse/Teubert (1994).

Kontinuität her und lassen die Station ‚Emigration‘ bzw. ‚Gefangenschaft‘ in ihre Widerstandsgeschichte als mehr oder weniger plausible Konsequenz bruchlos ein. Nach der Befreiung war diese Kämpferidentität insofern programmatisch festgeschriebenes Bestimmungsstück ihres Selbstbildes. Zur Profilierung dieses Selbstbildes setzen sie es dem Konzept des Opfers entgegen: Die *Verfolgten des Naziregimes* schaffen nach ihrer Befreiung das orthodoxe Autostereotyp *Kämpfer* als Gegensatz zu *Opfer*. Forum dieses Abgrenzungsprozesses ist die ‚Vereinigung der Verfolgten des Nationalsozialismus‘ (VVN). Zwar redet man in dieser Organisation zunächst von sich als *Opfer des Naziregimes*, als *deutsche Opfer des Faschismus*, als *die überlebenden Mitglieder einer deutschen Widerstandsbewegung*.⁵ Eine Selbstsicht, die zunächst noch möglich war – „politische Menschen, und das sind ja alle Opfer des Faschismus“ (Bock 1947: 34) – wurde dann aber vor allem im Zuge der Opferpolitik der SED und einer zunehmenden Instrumentalisierung der politischen Erinnerung in den Jahren 1947/48 unmöglich, indem man eine „Ansehenshierarchie von Kämpfern und Opfern herausbildete“ (Herf 1998: 105), „eine klare moralische Hierarchie der Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung. Kommunistische ‚Kämpfer‘ rangierten ab dann vor jüdischen ‚Opfern‘“ (Herf 1998: 100): *Kämpfer gegen den Nazismus und die vom Nazi-Regime Verfolgten, erprobte antifaschistische Kämpfer, Kämpfer gegen den Faschismus* werden dann unterschieden von *politischen, religiösen, rassistischen Opfern des nationalsozialistischen Terrors*.⁶

-
- 5 Victor Klemperer trägt am 26. Januar 1947 in seinem Tagebuch den Bericht von einer Delegiertensitzung zur Schaffung des OdF-[Opfer des Faschismus]Verbandes ein: „Sehr lange Debatte über Einzelpunkte, z.B. darf ein OdF für Nazis gutschagen? Vor allem: haben wir eine Widerstandsbewegung gehabt? Die einen: Nein, bloß Widerstandsgruppen. Zur Bewegung hätte Wirkung gehört, Aktion größerer Massen, Herausbrechen von Divisionen, nicht bloß Abtrünnigmachen Einzelner. Die andern: Wir hatten Widerstandsbewegung, hatten eine ‚Schafottfront‘.“ (Klemperer 1999: 345)
- 6 Bodemann verweist auf die gegensätzlichen, aus diametralen Gedächtnisstrategien resultierenden Opferbegriffe in West und Ost. Während im Westen Juden „aus anderen Kategorien verfolgter Menschen als die einzig legitimen Opfer hervorgehoben“ wurden, war ironischerweise „der genaue Gegenpart im Osten dazu die Auflösung der (östlichen) VVN und die skurril anmutende Trennung ‚antifaschistischer Widerstandskämpfer‘ von den weniger bedeutenden (jüdischen) ‚Opfern des Faschismus‘, die die Besonderheit der jüdischen Verfolgung grundsätzlich leugnete.“ (Bodemann 1996: 112) Aber: „Zwar ist es heute Mode, die deutschen Kommunisten in Grund und Boden zu verdammen, doch sollte hier anerkannt werden, dass sie versuchten, eine Gemeinschaft aus (vor allem nichtjüdischen) ‚Antifaschisten‘ und (jüdischen) ‚Opfern des Faschismus‘ herzustellen.“ (Bodemann 1996: 101) Hier müssen wir aber einwenden: Mit dieser Gemeinschaft, die einen umfassenden Opferbegriff geschaffen hätte – der erst das Bewusstsein von einer echten Gemeinschaft dokumentiert hätte – konnte es am Ende nicht weit her sein, bereits im Gründungsauftritt der KPD findet ein „Opfertausch“ (Wolgast 2001: 31, 39) statt, indem ein Bezug zu nationalsozialistischem Antisemitismus und Judenvernichtung systematisch fehlt.

Dieses Autostereotyp ist konstitutiv im Zusammenhang mit dem Aufbau des sozialistischen Systems. Denn: Während die Zukunft der nichtpolitischen Überlebenden, der Opfer also im kommunistischen Sinn, mit einer Überlebensschuld belastet war, gebrauchen Kommunisten dagegen Formulierungen, die Überlebensstolz ausdrücken. Aus diesem Überlebensstolz leiten sie Ansprüche ab, gleichsam in sozialdarwinistischer Manier:

(1) An die Führung und Verantwortung müssen die erprobtesten antifaschistischen Kämpfer, die im illegalen, unterirdischen Kampf, in den Gefängnissen und Konzentrationslagern, als politische Emigranten und als Kämpfer und Partisanen in den Widerstandsbewegungen anderer Länder die Probe für ihre Standhaftigkeit abgelegt haben. [...] Wer durch die Hölle der deutschen Konzentrationslager als aufrechter Antifaschist gegangen ist, dort illegale Massenarbeit leistete, mit den mannigfaltigen Problemen des Kampfes und des Lebens fertig wurde, aus dem ist ein Kämpfer mit politischer Erfahrung und taktischer Geschicklichkeit geworden, dem man getrost verantwortungsvolle und schwierige Aufgaben im Neuaufbau des Lebens anvertrauen kann. (Dahlem 1945: 265)

Überlebensschuld lässt jüdische Opfer sich vor allem als Vermächtnis der Toten an die nachfolgenden Generationen sehen, der Überlebensstolz kommunistischer Opfer dagegen bewirkt eine Selbstsicht vor allem als Bevorrechtete, denen man die Beteiligung am Aufbau schuldet. Die Identitäten jüdischer Auschwitz- und kommunistischer Buchenwaldüberlebender sind in diesem Sinn Gegensätze, wie man sie sich größer nicht vorstellen kann. Während jüdische Opfer ihr Überleben als das Überleben der Schlechten, als derer, die es nicht verdient haben, verstehen, rekrutieren antifaschistische Häftlinge aus ihrem Überleben die Ansprüche der Starken. Sie leiten aus ihrer Leidenszeit charakterliche Werte ab und reden von sich als *wir, die aufrecht blieben, als Kräfte, die sich dem faschistischen Terror nicht unterwarfen, als beste Männer und Frauen unseres Volkes*. Es sind dies Autostereotype, die die Haltung derjenigen ausdrücken, deren Selbstbild einen Komplex aus den Merkmalen ‚im Kampf, Widerstand und KZ erprobt‘ und ‚zum Neuaufbau legitimiert‘ bildet. Die Verfolgten von gestern beanspruchen an erster Stelle das Recht, am Aufbau der sozialistischen Welt von morgen mitzuarbeiten. Die Erfahrung der Verfolgung und der Haft begründet diesen Geltungsanspruch. Dieser heißt: *in den ersten Reihen stehen, an den Aufbau gehen, entscheidend mitwirken.*⁷

7 Die folgenden Beispiele belegen die Existenz dieses Anspruchs: „Ihr habt uns nicht gebeugt, nein, ihr habt uns gestählt, und unser Wille ist gewachsen, aber auch die Überzeugung von der Notwendigkeit, eine neue Welt aufzubauen. [...] Die Opfer eures Systems, eures Terrors werden im Kampf um eine neue Welt in den ersten Reihen zu finden sein!“ (Eggerath 1947: 184); „Nicht umsonst wollen wir das alles gelitten haben, nicht umsonst wollen wir gereift sein, jetzt wollen wir uns einsetzen, um Bahn zu brechen.“ (Eggerath 1947: 186); „Wir wollen und müssen nachweisen, was uns die Hölle durchstehen ließ, und das ist bei jedem einzelnen von uns 1. die heilige Überzeugung, die in ihm wohnte, das ist 2. der prächtige Kameradschaftsgeist, das

Sie standen in den ersten Reihen, sie gingen an den Aufbau, sie haben entscheidend mitgewirkt – mit dem Selbstbild ‚die Besten sind zurückgekommen‘. Und ihre Gegenwart ist nichts weiter als die Konsequenz ihres Kampfes der Vergangenheit, dessen Resultat und der Beginn der neuen Zeit. Gegenwart als Schaltstelle zwischen Vergangenheit und Zukunft ist für die aus dem KZ befreiten – ebenso wie für die aus der Emigration zurückgekehrten – Gründer der sozialistischen Gesellschaft der Beginn der Zukunft. Das Autostereotyp *antifaschistischer Kämpfer* gewährleistet dabei die vollkommene Abgrenzung vom Nationalsozialismus. Diese Zukunft – unter dem antifaschistischen Vorzeichen – lassen sie kulturell entstehen aus dem nationalen Kulturerbe. Und diese kulturelle Konzeption ist Abschwören von der Vergangenheit bei gleichzeitiger Übernahme von Tradition.

3. Enthistorisierung: *nationales Kulturerbe*

Es ist ein allgemeines nachkriegsdeutsches Phänomen, dass die Eliten nach 1945 es sich zur Aufgabe machen, die Deutschen in geistiger Hinsicht zu rehabilitieren. ‚Wie konnte es sein, dass ein Kulturvolk mit solch hohen Qualitäten wie das deutsche den Nationalsozialismus zuließ, wie war es möglich, dass dieser im deutschen Volk verwurzelte?‘ – dies ist die Leitfrage des nachkriegsdeutschen Schulddiskurses. Man findet als Antwort Anschlussfähiges – in Ost wie West: Das wahre Deutschtum war *verschüttet*. Die Erkenntnis einer deutschen Schuld verdichtet sich lexikalisch u.a. in diesem metaphorischen Deutungsmuster – quer durch die Gesellschaft und über Parteigrenzen hinweg, also auch in Texten so-

war 3. der eiserne Lebenswille, um das gesteckte Ziel zu erreichen, und das war 4. die Geistesgegenwärtigkeit in jeder Situation. Und wenn wir mit diesen vier Eigenschaften, mit diesen vier Kräften jetzt an den Aufbau, an die Bewältigung unserer Arbeiten gehen. Kameraden, dann muss es gelingen.“ (Geschke 1945: 91); „Die Kämpfer aus der Illegalität, aus den Widerstandsbewegungen, aus den Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern, die den Faschismus aus eigener Erfahrung am besten kennen, sind die Berufensten, dem deutschen Volk die Wahrheit zu sagen und beim Aufbau eines neuen Lebens entscheidend mitzuwirken.“ (zit. in Hauff 1946: 4); „Wir Kommunisten [bringen] aus den Konzentrationslagern ein Kapital an Zuversicht in die eigene Kraft und an allgemeinem Vertrauen mit, das uns befähigt und berechtigt, [...] an die Arbeit zu gehen.“ (Dahlem 1945: 252); „So haben andere Deutsche durch ihren jahrelangen und in unerhörter Kühnheit geführten Kampf gegen die Hitlerbarbarei und für wahre Menschlichkeit bewiesen [...], dass in unserem deutschen Volke Kräfte vorhanden sind, die es aus dem moralischen Tiefstand und der materiellen Not, wohin Hitler es gebracht hat, heraus und aufwärts führen werden.“ (Eiden 1946: 213)

zialistisch-kommunistischer Provenienz. Im Manifest des *Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands*⁸ lesen wir etwa:

(2) *Der Nazismus hat die wahren deutschen Kulturwerte, wie sie mit den Namen von Goethe, Schiller, Lessing und zahlreicher Philosophen, Künstler und Wissenschaftler verbunden sind, verschüttet.* (Kulturbund 1945: 84)

Und Otto Grotewohl drückt im Jahr 1950 in seiner Rede zum Tag der Befreiung seine Überzeugung aus, dass

(3) [...] *hier, in der Heimat [...] die wahren deutschen Möglichkeiten [leben], vorübergehend verschüttet durch die Katastrophe, aber unverstiegar und unerschöpflich, wenn sich das deutsche Volk ihnen zuwendet.* (Grotewohl 1950a: 52)

Man war des *wahren* Deutschtums kurzfristig verlustig gegangen, das Deutungsmuster *verschüttet* ist Ausdruck dieser Vorstellung, in der das Konzept von den substanziell wertvollen Deutschen aufgehoben ist: Was verschüttet ist, ist nicht vernichtet, ist erhalten.

Vorbereitet mit dieser Konzeption *verschüttet*, gräbt man – um im Bild zu bleiben – nach den geistigen Trümmern. Während man im Westen auf diese Weise auf das *christliche Abendland* stößt, ist es im Osten das *nationale Kulturerbe*, das man freilegt. Diese Formel bezeichnet das östliche Zielkonzept der geistigen (Neu-)Orientierung. *Grosse deutsche Kultur* ist zentraler Identifikationsbegriff der Neugestaltung einer Gesellschaft im Zeichen von *Sozialismus* und *Antifaschismus*. Es gilt sie zwar wiederzuerwecken, ohne aber einen solchen Traditionsbezug herzustellen, der die Leitidee des Fortschritts und der Vergangenheitsabgewandtheit gefährden könnte. Es gilt also, einen neuen Kulturbegriff zu schaffen und diesen dem neuen Gesellschaftskonzept anzuverwandeln – in der Formulierung Grotewohls: „die Pflege unserer großen patriotischen Traditionen und die sorgfältige Aneignung unseres nationalen Kulturerbes“ (Grotewohl 1952: 271). Dieses Projekt ‚Pflege und Aneignung‘ hat mit dem Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands eine institutionelle Manifestierung. Er will „die große deutsche Kultur, den Stolz unseres Vaterlandes, wiedererwecken und ein neues Geistesleben begründen“ (Kulturbund 1945: 83). Um seinen 1949 formulierten Grundaufgaben *als geistige Erneuerungsbewegung* nachzukommen, stützt er sich

(4) [...] *auf alle freiheitlichen, humanistischen, wahrhaft nationalen Traditionen unserer Kultur. [...] Der Kulturbund ist in allen geistigen Bereichen Vorkämpfer für objektive Wahr-*

8 Der Kulturbund ist eine Gründung Johannes R. Bechers vom Juni 1945, der auch das Manifest ausgearbeitet hat mit dem Ziel. „die deutsche Intelligenz für die sowjetische Politik zu gewinnen und zugleich für eine gewisse Breitenwirkung dieser Politik zu sorgen“ (Wolgast 2001: 101); zum Kulturbund vgl. Heider (1993).

heit, für humanistische Masse und Werte, für ein unverfälschtes Geschichtsbild, für die Ideen des Fortschritts und der Freiheit. (Kulturbund 1949: 121)

Tradition einerseits, andererseits *Erneuerung* – im sich als fortschrittlich verstehenden Teil Deutschlands muss man deutlich machen, dass *Tradition* nicht Rückschritt und Restauration bedeutet, sondern Fortschritt und Veränderung. Mit der Kategorie der *Erneuerung* ist diese Wendung zur Tradition als fortschrittliches Konzept vermittelbar:

(5) *Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die Partei der Erneuerung der deutschen Kultur.* (SED Manifest 1946: 27)

Daraus ergibt sich als Handlungsstrategie die Errichtung der neuen demokratischen Kultur auf der Grundlage des Kulturerbes:

(6) *Vor uns steht die große Aufgabe, eine neue demokratische Kultur zu schaffen, die auf dem großen deutschen Kulturerbe aufbaut.* (Grotewohl 1950b: 123)

Welches ist dieses *Kulturerbe*? Als Identifikationsbegriff ist diese Vokabel derart auszudeuten, dass sie mit den Leitideen des sozialistischen Programms vereinbar ist.⁹ So wird sie mit demjenigen Merkmal versehen, das gleichzeitig die Bekenntnisvokabel der antifaschistisch-demokratischen Grundordnung ist. Das Ausdeutungselement des Kulturbegriffs heißt *Humanismus*. Werner Eggerath, der Thüringische Ministerpräsident und Buchenwaldüberlebende, denkt über den *große[n] Gedanke[n] des Humanismus* nach. Dieser Gedanke

(7) *trägt in sich die Liebe zu allem, was Menschenantlitz trägt, die Achtung vor dem anderen Menschen und de[n] Wille[n], eine neue Ordnung zu schaffen, in der der Mensch sich frei entfalten kann und alle Menschen als Menschen leben können.* (Eggerath 1947: 187f.)

9 Diese Ausdeutung besteht darin, dass die „Kulturpolitik der DDR [...] einerseits [versucht] das kulturelle Erbe nach ‚fortschrittlichen‘ und ‚reaktionären‘ Elementen zu sortieren und aus den als ‚fortschrittlich‘ bezeichneten ein spezifisches kulturelles Erbe zu formieren, das in der DDR seine Erfüllung, oder doch seinen Träger finden soll. Andererseits ist die aktuelle Kulturpolitik auf die Förderung einer sozialistischen Kultur der Gegenwart gerichtet.“ (Lepsius 1981: 202) Diese Traditionselektion ist ein Phänomen der Anfangszeit, im weiteren Verlauf habe sich „eine immer weiter greifende Aufnahme deutschen kulturellen Erbes in der DDR eingestellt“ (Lepsius 1981: 202). Der Aneignungsprozess verläuft derart, dass der Marxismus-Leninismus „Elemente der bildungsbürgerlichen Kunstsemantik aufnimmt“. Das meint die emphatische Vorstellung einer Nationalkultur, die drei aus dem 19. Jahrhundert stammende Argumentationsfiguren aufweist. Demnach stammt Kunst aus dem Volk, garantiert, indem sie volkstümlich ist, die Einheit der Nation und bleibt der Schönheit verpflichtet. Im Gegensatz zum Nationalsozialismus beruft sie sich in ihren kulturpolitischen Verlautbarungen auf den ‚Humanismuskanon‘ [...]. Dabei handelt es sich um mehr als um propagandistisches Verlautbarungsgelöse.“ (Bollenbeck 2001: 29)

Der Humanismus im Dienst der neuen Ordnung – in der Erschließung des Zentralkomitees zum Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur aus dem Jahr 1951 werden der klassischen Kunst *Wahrhaftigkeit und Realismus* zugeschrieben. Und: „Alle großen Künstler des klassischen Kulturerbes waren Freunde des Friedens, Realisten und Humanisten.“ (Formalismus 1951: 440) In der späteren Formel *sozialistischer Humanismus* drückt sich diese neue Ordnung aus. Obwohl, wie wir im Zusammenhang mit den Gebrauchsweisen der Leitvokabel *verschüttet* gesehen haben, auch die Funktionselite dieses Teils Deutschlands von den historisch guten Anlagen der Deutschen überzeugt war, die es lediglich wieder freizulegen gilt, entspricht es dem sozialistisch-kommunistischen Denken, wenn *Humanismus* nicht im Sinn einer rückwärts gerichteten Traditionsvokabel gebraucht wird: Dass man wieder zum Humanismus zurückfinden müsse, dass man sich der alten Ideen des Humanismus wieder besinnen solle – solche Appelle haben in diesen Texten eine sozialistisch gewendete Bedeutung. *Humanismus* ist zwar marxistisch-orthodoxes Bestimmungsstück von *Sozialismus* und *Kommunismus* – in der Formulierung Karl Marx‘:

(8) *Der Kommunismus als positive Aufhebung des Privateigentums als menschlicher Selbstentfremdung [...] Dieser Kommunismus ist als vollendeter Naturalismus = Humanismus, als vollendeter Humanismus = Naturalismus [...] ist die Wahrhafte Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen.* (Marx 1844: 704)

Die Manifestation dieser Idee des Humanismus aber muss erst geschaffen werden. Humanismus ist in der Ausdeutung des historischen Materialismus Sammelkategorie für die Werte des Sozialismus bzw. Kommunismus und wird für das eigene Wollen in Anspruch genommen. Dieses Wollen ist die Realisation eines neuen politischen Konzepts. Die geschichtliche Entwicklung des Humanismus wird zwar in den Zusammenhang „mit der Geschichte der Arbeit und der Klassenkämpfe der werktätigen Massen“ (Klaus/Buhr 1971: 483) gestellt, immer aber verstanden als historisch höchste Entwicklungsstufe, die erst mit dem Sozialismus erreicht wird. Damit wird *Humanismus* zu einer Zukunftskategorie geendet. Nicht den Humanismus wiedererwecken, sondern *Humanismus erkämpfen* heißt also der sozialistische Imperativ des neuen Seins. So erklären sich Formulierungen wie *fortschrittlicher Humanismus, Humanismus und Fortschritt, neuer humanistischer Abschnitt*.¹⁰

10 „[...] dass der Geist eines wahrhaft fortschrittlichen Humanismus [...] auch in den Hochschulen Einzug halten muss“ (Pieck 1946: 52); „Der Geist des Humanismus und des Fortschritts [...] muss unser gesamtes Leben [...] durchdringen.“ (Weimann 1946: 66); „Einen neuen humanistischen Abschnitt der Geschichte zu beginnen, ist [...] die Sehnsucht aller anständigen Deutschen.“ (NDPD 1948: 644).

Die Inflation des Gebrauchs ist übrigens aus einem Kommentar Victor Klemperers vom 7. Februar 1953 abzulesen: Er bemerkt ein

(9) Zerfließen des Begriffes ‚humanistisch‘. Grotewohl sagte neulich in der Kammer, aus Stalins Angebot einer friedlichen Zusammenkunft mit Eisenhower könnte Gutes kommen, wenn man in USA nur ‚humanistisch‘ [sein?] dürfte. Er meinte natürlich human. (Klemperer 1999: 358)

Enthistorisierung von Tradition – während man im Westen mit der Kategorie des *christlichen Abendlandes* zu Rückbesinnung und Wiederanschluss aufruft, heißt die östliche Strategie Erneuerung und Anverwandlung von Werten, die erst in der Gesetzmäßigkeit des historischen Materialismus eine Gültigkeit erhalten, die sie zuvor nicht hatten.

Während also, wie gesehen, die kulturelle Rehabilitierung der Deutschen mit dieser Strategie der Enthistorisierung von Tradition ins Werk gesetzt wird, heißt die Strategie der politischen Restitution Idealisierung – auch hier haben wir es mit der Ausdeutung von Grundkategorien im Horizont des historischen Materialismus zu tun.

4. Idealisierung: Frieden – Freiheit – Demokratie

In West wie in Ost gründet man den neuen Staat auf Frieden, Freiheit und Demokratie und damit auf Werte, die zur Tradition des politischen Diskurses spätestens seit 1789 zählen. Die systembedingt unterschiedliche Ausdeutung dieser Grundbegriffe ist ein Beispiel ideologischer Polysemie bzw. Bedeutungskonkurrenz.¹¹ Sie lässt sich in Bezug auf den östlichen Gebrauch als Strategie der Idealisierung fassen. Idealisierung – denn alle drei Begriffe werden auf das Ideal der marxistischen Lehre zugerichtet und damit abgeschnitten von der Wirklichkeit der nazistischen Vergangenheit.

Frieden – im Osten ist dieses Schlüsselwort eine politisch-konzeptionelle Kategorie zur Bezeichnung eines historischen Anspruchs: Der historische Materialismus bindet den bestehenden oder nicht bestehenden Zustand des Friedens an Gesellschaftssysteme,¹² um diese Dependenz in die Logik antikapitalistischer

11 Diese systemabhängigen Verwendungen von *Frieden*, *Freiheit* und *Demokratie* sind Beispiele für ein Phänomen öffentlicher bzw. politischer Sprache, welches Dieckmann „ideologische Polysemie“ genannt hat, bei welchem die Merkmale „untereinander in neue Beziehungen [treten], je nachdem welche Ordnung die Ideologie vorschreibt. So entstehen verschiedene Strukturgebilde“ (Dieckmann 1964: 73). Klein (1989) fasst dieses Phänomen als Bedeutungskonkurrenz.

12 „Inhalt und Charakter des Friedens ist historisch bedingt, d.h. entspricht stets einer historisch bestimmten ökonomischen Gesellschaftsformation.“ (Klaus/Buhr 1971: 380)

Argumentation einzulassen.¹³ In diesem Sinn ist Frieden Gesetzmäßigkeit des Kommunismus.¹⁴ So legt die Sozialistische Einheitspartei ihr Selbstverständnis fest:

(10) *Ihr Ziel ist die sozialistische Gesellschaftsordnung, die alle Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhebt, den Klassengegensatz zwischen Armut und Reichtum beseitigt, den Frieden endgültig sichert und eine voll entfaltete Demokratie herbeiführt.* (SED Manifest 1946: 28)¹⁵

Aus dieser Deutung erklärt sich die Politisierung des Friedensbegriffs aus sozialistisch-kommunistischer Perspektive. Sie läuft auf die Gleichung *Frieden = Sozialismus/Kommunismus* hinaus. So bildet *Frieden* zusammen mit *Aufbau* und *Fortschritt* die Parole auf dem Vereinigungsparteitag von KPD und SPD, von dem Wolfgang Leonhard berichtet:

(11) *Die Tribüne prangte in leuchtendem Rot, an der Hauptwand standen in riesigen Lettern die Worte: Friede, Aufbau, Fortschritt.* (Leonhard 1955: 537)

Frieden, als politisch-konkrete Kategorie gedeutet, erfüllt im Osten die Funktion, die im Westen *Freiheit* erfüllt: Sie bezeichnet den zentralen gesellschaftspolitischen Orientierungsbegriff, dessen Semantik den Horizont idealistischer politischer Programmatik öffnet und der den unveräußerlichen Hochwert des politischen Systems darstellt. *Frieden* ist mithin östliche wie *Freiheit* westliche Bekennnisvokabel ist.¹⁶

-
- 13 Frieden ist „dem Kommunismus und seiner ersten Phase, dem Sozialismus, immanent. Der Frieden beinhaltet die Eintracht der in gegenseitiger Hilfe und Zusammenarbeit miteinander verbundenen Menschen und Völker der sozialistisch-kommunistischen Gemeinschaft. Er ist nicht nur Abwesenheit des Krieges oder Nichtkrieg, sondern ein positives Verhältnis im kommunistischen gesellschaftlichen Leben. Er ist die notwendige Folge des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und der dementsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse und inneren Gesetzmäßigkeiten der sozialistisch-kommunistischen Produktionsweise.“ (Klaus/Buhr 1971: 380)
- 14 „Ist der Krieg eine gesetzmäßige Erscheinung der Klassengesellschaft und folglich ein Ziel der Bestrebungen der Ausbeuterklassen zur Sicherung und Erweiterung ihrer Macht, so ist der Frieden eine gesetzmäßige Erscheinung des Kommunismus und Ziel des Kampfes der Arbeiterklasse.“ (Klaus/Buhr 1971: 380).
- 15 Der Befund Felbicks bestätigt: „Von den Parteien verwendet die SED *Frieden* am häufigsten.“ Ein Friedensbekenntnis legt mit „herausragender Frequenz“ die KPD bzw. die SED ab. (Felbick 2003: 329)
- 16 Vgl. die entsprechende Festlegung durch die orthodoxe Staatsphilosophie: „Durch das geschichtlich selbständige Auftreten der Arbeiterklasse sowie durch den Marxismus-Leninismus wurde der Frieden zu einer realen gesellschaftlichen Kraft und Macht, erhielt er erstmals in der Geschichte eine wissenschaftliche Orientierung und reale Perspektive seiner Verwirklichung. Aus der historischen Stellung und Rolle der Arbeiterklasse ergibt sich ihr konsequenter Kampf für den Frieden in der Welt. Er ist eine Hauptbedingung für die Errichtung der sozialistisch-

Dennoch: Auch Freiheit ist Ziel sozialistischen politischen Handelns, wenn- gleich der Begriff *Freiheit* schwerer im sozialistischen bzw. kommunistischen Sinn umzudeuten und der Sicht des Marxismus-Leninismus und des historischen Materialismus anzupassen ist. Nicht (wie im Westen) das Individuum, sondern das Kollektiv, nämlich *Volk*, ist Zielkategorie und damit Kontextpartner:¹⁷

(12) *Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.* (KPD 1945: 18)

verkündet die KPD programmatisch. *Freiheit des Volkes*, kollektive Freiheit mithin, ist also Orientierungsformel, und in diesem Sinn ist *Freiheit* Bezeichnung für ein politisches Handlungsziel, das „das Problem der individuellen Freiheit in sich ein[schließt]“ (Klaus/Buhr 1971: 376)¹⁸ – mit dieser Setzung ist die Abwehr des Prinzips individueller Freiheit als höchstem Wert vollzogen. Wer persönliche Freiheit und KPD zu vereinbaren sucht, gerät unter diesen Voraussetzungen in Konflikt. Victor Klemperer ringt in seinem Tagebuch-Eintrag vom 8. August 1945 mit den Gegensätzen *linkester Flügel der KPD* und *Freiheit*:

(13) *Ich [bin] in stetigem Dilemma. Ich möchte an den linken Flügel der KPD, ich möchte für Russland sein. Und andererseits: Freiheit, die ich meine!*“ (Klemperer 1999: 68)

Freiheit also – kein Grund zwar, diese Hochwertvokabel zur Positionsbestimmung im Kalten Krieg gänzlich zu meiden, die Tatsache aber, dass der Begriff *Freiheit* nicht so ohne weiteres im marxistisch-leninistischen Sinn zu ideologisieren war, begründet Zurückhaltung des Gebrauchs in Texten östlicher Provenienz.¹⁹

kommunistischen Gesellschaft.“ (Klaus/Buhr 1971: 383) So erklären sich die Gebrauchsweisen: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands [...] fühlt sich solidarisch mit den friedliebenden und demokratischen Völkern der ganzen Welt.“ (SED Grundsätze 1946: 195); „Wir laden ein zu einem Deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden.“ (SED 1947: 260); „Die Oder-Neiße-Grenze ist für uns eine Friedensgrenze.“ (Grotewohl 1949a: 112); „Frieden und Freundschaft mit der Sowjetunion sind Voraussetzung für ein Aufblühen, ja für die nationale Existenz des deutschen Volkes und Staates.“ (Grotewohl 1949a: 112)

17 Man vergleiche den Artikel *Freiheit* und die Strecke *Freiheit* bis *Freiheitswunsch* im *Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache*. Zwar wird ein Bedeutungsaspekt ‚persönlich, im Hinblick auf das Individuum‘ verbucht und mit entsprechenden Beispielen versehen. Jedoch referieren Belege und Beispiele überwiegend auf *Freiheit* im kollektiven, entindividualisierten Sinn. Häufiger Kontextpartner ist deshalb auch hier *Volk*.

18 „Die persönliche Freiheit im Sozialismus ist [...] eine gesellschaftliche Errungenschaft, ein Ergebnis des Kampfes der ganzen Klasse. Als gesellschaftliche Erscheinung ist sie objektiv begründet und materiell gesichert.“ (Stiehler *et al.* 1973: 232)

19 Vgl. Geppert (2002: 246). Felbick bestätigt, dass die KPD „völlig auf ihre ideologiesprachliche Auslegung des Freiheits-Begriffs“ (Felbick 2003: 320) verzichtet, während die SED „eine Um-

Das ist ganz anders bei dem dritten begrifflichen Grundpfeiler der sozialistischen Gesellschaft – *Demokratie*. Das Bewusstsein von der notwendigen Demokratisierung der Deutschen, von der *demokratische[n] Neugestaltung Deutschlands* (Ackermann 1946: 351) prägt das Denken der gesamten Funktions- und Interpretationselite der SBZ/DDR, und zwar in Bezug auf die Etablierung eines neuen politischen Systems – darauf deuten die zahlreich belegbaren Verbindungen mit *neu* hin:

(14) *neue[] demokratische[] Lebensformen des Volkes, die neue deutsche Demokratie, demokratische[] Neugestaltung, [...] die das unabdingbare Fundament des neu sich gründenden deutschen Staatswesens ist.*²⁰

Formeln wie diese manifestieren den Bruch mit unerwünschten Traditionen, die Errichtung von Demokratie setzt selbstverständlich die Vernichtung des Nazismus voraus – in der Auslegung der marxistischen Gesetzmäßigkeit eine systematisch folgerichtige Sicht. In dieser Gesetzmäßigkeit ist der Faschismus bekanntlich eine gesellschafts- und wirtschaftsgeschichtlich auf Feudalismus und Kapitalismus folgende Phase. *Vernichtung des Hitlerismus* und *Demokratisierung Deutschlands* bilden also ein Junktim.²¹ So kommentiert Otto Grotewohl das im Entstehen befindliche Verfassungskonzept:

-
- prägung“ versucht habe. „die den Begriff um das Merkmal der ‚Determiniertheit‘ ergänzt und gleichzeitig das individuelle Moment zu Gunsten gesellschaftlicher Freiheit zurücktreten lässt“.
- 20 „Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes [...] neue[] demokratische[] Lebensformen des Volkes“ (KPD 1945: 19); „Die neue deutsche Demokratie wird antiimperialistisch sein.“ (Abusch 1946: 270); „die wirklich entscheidenden Momente einer demokratischen Neugestaltung, die Herausarbeitung der Prinzipien einer wahrhaft demokratischen, deutschen Politik, die das unabdingbare Fundament des neu sich gründenden deutschen Staatswesens ist.“ (Grotewohl 1947: 283); „Die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik [...], wird [...] die im Jahre 1945 begonnenen demokratischen Reformen des Bildungswesens weiterführen [...]. Dies entspricht dem demokratischen Charakter der Deutschen Demokratischen Republik [...]. Es entspricht den neuen Verhältnissen, die mit der Durchführung der demokratischen Boden- und Schulreform [...] entstanden sind.“ (Grotewohl 1949b: 124)
- 21 „Eine demokratische Ordnung ermöglicht die völlige Vernichtung des Nazismus und das Wachsen der fortschrittlichen Kräfte.“ (Ulbricht 1945: 40); „Es ist die geschichtliche Aufgabe der SED, aus dem Trümmerhaufen, in den die Hitlerbande unser Vaterland verwandelt hat, wieder ein gewöhnliches Haus für unser Volk zu machen und Deutschland in einen demokratischen Staat umzuwandeln, der fähig und bereit ist, mit allen Völkern in Frieden und Freundschaft zu leben.“ (Einheit 1946: 2); „Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands [...] zu Ende zu führen.“ (KPD 1945: 17f.); „Notwendig ist die Schaffung einer festen Einheit der Demokratie für die endgültige Liquidierung des Nazismus und zum Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands!“ (KPD 1945: 20)

(15) *Faschismus und Militarismus, Monopole und Großgrundbesitz [sollen] keine ‚Opposition‘ in unserem demokratischen Staatswesen sein, die nach gewissen verfassungsrechtlich fixierten ‚demokratischen‘ Spielregeln ihr dunkles Spiel treiben darf.* (Grotewohl 1947: 284).

– An dieser Stelle ist in einem kurzen Exkurs darauf zu verweisen, dass es sich hierbei zu Teilen um Staatsrhetorik handelt, die keine Entsprechung in der Realität hatte. Obwohl im Osten der konsequente Antifaschismus einen der Gründungsmythen der DDR abgibt, ist Vergangenheitspolitik auch hier Integrationspolitik. Wolfgang Leonhard berichtet von dieser antifaschistischen Konsequenz der ersten Nachkriegsjahre, mit der er z.B. während der Diskussion über seinen Schulungsartikel *Kriegsverbrecher, aktive Nazis und nominelle Pgs* zu kämpfen hat:

(16) *Die Anti-Nazi-Stimmung, die zwischen wirklichen Schuldigen und nominellen Mitgliedern keinen Unterschied machte, war so stark, dass sich klare Unterscheidungen nur sehr schwer durchsetzen konnten.*“ (Leonhard 1955: 552)

Das war im Jahr 1945. Im Zuge zunehmender politischer Pragmatisierung aber zeigt man sich allenthalben zur Integrierung bereit, eine sich senkende Toleranzschwelle macht sich bemerkbar, ablesbar z.B. aus einem Redebeitrag Frank Dahlems aus dem Jahr 1947, in dem sich mit den Vokabeln *entgegenkommend, versöhnend, einfachen nominellen Pgs., lediglich* usw. diese zunehmende Tendenz zur Integration spiegelt:

(17) *Wir müssen bei all unserem Handeln sorgfältig unterscheiden lernen. Rücksichtslos müssen wir gegen Kriegsverbrecher, Naziaktivisten, Gestapoleute schlagen, aber entgegenkommend und versöhnend müssen wir den einfachen nominellen Pgs entgegenreten, die lediglich Mitläufer waren, nicht durch Verbrechen belastet sind und die am demokratischen Neuaufbau unseres Landes aktiv mitarbeiten. Wir müssen differenzieren zwischen den verbrecherischen Elementen der Nazipartei und den vielen einfachen Menschen, die oft durch Zwang, aus kleinlichen egoistischen Gründen, um Ruhe zu haben usw. – ich denke da besonders an die Bauern, an breite Mittelstandsschichten, untere Beamten usw. – der Nazipartei beigetreten waren.* (Dahlem 1947: 60)

Auch die DDR also kannte die Strategie der Integrationspolitik, auch die DDR kannte die Kategorie des *nominellen Pgs.* – Ende des Exkurses. Die Leitidee des sozialistischen Demokratieverständnisses manifestiert sich – im Sinn des anfangs dargelegten antifaschistischen Gründungsmythos – in der Grundformel *antifaschistisch-demokratische Ordnung*, die Walter Ulbricht analysiert:

(18) *Eine demokratische Ordnung [...] ist der Boden, auf dem sich ein fester Block der antifaschistischen demokratischen Parteien bilden kann. [...] Eine demokratische Ordnung gab die Möglichkeit, alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte in allen Teilen des Reiches zu entwickeln.* (Ulbricht 1945: 40f.)

In dieser Formel *antifaschistisch-demokratische Ordnung* gerinnt das sozialistische Grundprinzip seit 1945, sie verweist auf den *ersten wirklich demokratischen Staat* auf dem Weg in den Sozialismus:

(19) *In der Deutschen Demokratischen Republik ist eine antifaschistisch-demokratische Ordnung errichtet, in der die Gesellschaft, die uns zweimal in einen Weltkrieg führte, entmachtet ist.* (Grotewohl 1951: 206)

Dass es sich bei dem Gebrauch der Leitvokabel *Demokratie* um Camouflage handelt, belegt ein Tagebucheintrag von Victor Klemperer. Er teilt einen kurzen Wortwechsel mit einem *arbeiterhaft[en] Funktionär* mit. Klemperer wirft diesem Funktionär vor: „Ihr geht nicht schroff genug in Amts- und Schulbesetzungen vor.“ Die Antwort gab ihm „doch einen Stoß in die Herzgegend“. Sie lautet: „Wir müssen ja vorläufig am demokratischen Staat mitmachen; später [...] bedeutungsvolles Aufhören.“ (Klemperer 1999: 107) Dieser Zeitgenosse redet orthodox, er folgt Ulbrichts Instruktion von Anfang Mai 1945, deren Zeuge Wolfgang Leonhard war:

(20) *Im klassischen Sächsisch gab er uns die [...] Direktive: ‚Es ist doch ganz klar: Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.‘* (Leonhard 1955: 440)

Die DDR – ein Land des Friedens, der Freiheit, der Demokratie. Inwiefern ist diese Staatskonstruktion, die sich hinsichtlich der drei Leitideen ausdrucksseitig in nichts von der westlichen Konzeption unterscheidet, ein Aspekt des Schuld abwehrenden Diskurses? Eine Formel, die die westliche Schuldkonzeption verdichtet, beantwortet diese Frage:

(21) *Demokratie und Mitschuld [...] sind zwei Begriffe, in denen sich die Zukunft und die Vergangenheit wie in einem Brennpunkt auffangen.* (Grimme 1946: 93)

– diese Ligatur, die Adolf Grimme herstellt, dieses Aufeinanderbeziehen von *Demokratie* und *Schuld* (und wir können auch *Frieden* und *Freiheit* einbeziehen) sucht man in Texten sozialistisch-kommunistischer Provenienz vergeblich. Frieden, Freiheit und Demokratie sind hier nicht Umsetzungen von Schuldreflexionen, nicht Konstituenten eines Schuld diskurses, sondern Perspektiven der marxistischen Gesellschaftstheorie: Als Entwicklungsstufen auf dem Weg zur sozialistischen Gesellschaft sollen sie die Erfüllung der Ideale des marxistischen Lehrbuchs nachweisen. Wir haben sie deshalb unter dem Stichwort ‚Idealisierung‘ gefasst.

5. Schlussbetrachtung

Wir können den Schuldiskurs als ein Projekt beschreiben, das der Restituierung der deutschen Identität dient (vgl. Kämper 2005: insbes. 497-508). Dabei können wir festhalten: Entgegen vielfach zu lesender Einschätzungen, dass die Deutschen nach 1945 ihre Identität verloren haben, dass sie sich auf die Suche nach einer neuen Identität gemacht haben, lässt sich belegen: Der nachkriegsdeutsche Identitätsdiskurs handelt im Gegenteil von identitären Gewissheiten. Wir können feststellen, dass dieses Diskurssegment weniger eine obsessive Suche nach, als vielmehr stabile Gewissheiten von anschlussfähigen, sowohl kulturellen als auch politischen Traditionen repräsentiert.²² Der aus diesen Gewissheiten abgeleitete selbst erteilte Auftrag heißt *deutsch werden*.²³ *Deutsch werden* wird im Westen im Sinn von ‚das alte, das klassische, das geistige Deutschtum wieder beleben‘ gedeutet. Im Osten dagegen heißt *deutsch werden* ‚dieses Deutschtum anpassen an die Erfordernisse einer sozialistischen Gesellschaft‘. Während jedoch der westliche Identitätsdiskurs sich als diskursive Realisation des Schuldiskurses mit einer moralisch-ethischen Dimension darstellen lässt, steht der östliche Identitätsdiskurs in dem Kontext ‚Etablierung einer sozialistischen Gesellschaft‘. In diesem Kontext leistet der Gründungsmythos des *antifaschistischen Kampfes* eine historisch gefestigte Abgrenzung vom Nationalsozialismus. Das Konzept des *nationalen Kulturerbes* schließt im Sinn einer Traditionsselektion die für reaktionär gehaltenen Elemente dieses Erbes aus. Die Zielvokabeln *Frieden, Freiheit, Demokratie* werden sozialistisch-kommunistischen Zwecken zugerichtet. Im Osten wird in diesem Sinn – zumindest auf der Ebene der gesellschaftlichen Öffentlichkeit und des öffentlichen Redens – kein Schuldiskurs geführt: Die staatsoffiziellen Konzepte des Diskurses haben insofern in dem Sinn keine moralisch-ethische Perspektive, als sie vielmehr Zurichtungen, Anpassungen an die historischen Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftsgeschichtlichen Teleologie sind,

-
- 22 Dubiel (1999: 74) schränkt diese „Suche“, die nach unserem Verständnis keine ist, auf politische Werte ein, eine Reduktion, der nicht gefolgt werden kann. Im Gegenteil scheint den Nachkriegsdiskurs vor allem die Vergewisserung gerade von nicht-politischen, zumindest aber überpolitisch gedeuteten Traditionen zu kennzeichnen. Ebenso wenig ist aus unseren Belegen und Befunden ablesbar, dass nur Politiker auf „der Suche [waren] nach historischen Konstanten, die es möglich machen konnten, den zivilisatorischen Bruch der Nazivergangenheit zu überbrücken“, dass die „kulturelle[] Intelligenz“ dagegen „das Bewusstsein einer scharfen historischen Zäsur [dominierte], die nicht nur das politische System betraf, sondern gerade auch die deutsche Kultur“ (Dubiel 1999: 54). An diesem Diskurssegment ist vielmehr im Gegenteil die gesamte Diskursgemeinschaft beteiligt.
- 23 So schreibt Jaspers den Deutschen als „gemeinsame beschwingende Aufgabe“ zu, „deutsch zu werden, wie man es noch nicht ist, aber sein soll, und wie man es hört aus dem Anruf unserer hohen Ahnen.“ (Jaspers 1946: 178)

die mit dem nunmehr erreichten Stadium des Sozialismus den Nationalsozialismus sozusagen ausbürgert. Die Identität, die dieser Diskurs konstituiert, ist demnach nicht eine (um die Terminologie M. Rainer Lepsius' zu gebrauchen) Schuld internalisierende, sondern eine Schuld externalisierende Identität. Die Analyse des entsprechenden Diskurssegments hat diese Identitätskonstruktion durch die Darstellung der jeweiligen sprachlichen Strategien und deren lexikalischen Manifestationen nachgewiesen.

6. Bibliographie

- Abusch, Alexander (1946): Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte. Berlin: Aufbau.
- Ackermann, Anton (1946): Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus? In: Flechtheim, O. (Hrsg.) (1963): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Berlin: Dokumenten-Verlag, 336-355.
- Bodemann, Michael Y. (1996): Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung. Hamburg: Rotbuch Verlag.
- Bollenbeck, Georg (2001): Das neue Interesse an der Wissenschaftshistoriographie und das Forschungsprojekt „semantischer Umbau der Geisteswissenschaften“. In: Bollenbeck, G./Knobloch, C. (Hrsg.): Semantischer Umbau der Geisteswissenschaften nach 1933 und 1945 (= Reihe Siegen 144). Heidelberg: Universitätsverlag C. Winter, 9-40.
- Busse, Dietrich (1987): Historische Semantik. Analyse eines Programms (= Sprache und Geschichte 13). Stuttgart: Klett-Cotta.
- Busse, Dietrich/Teubert, Wolfgang (1994): Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik. In: Busse, D./Hermanns, F./Teubert, W. (Hrsg.): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik. Opladen: Westdeutscher Verlag, 10-28.
- Cherubim, Dieter (1998): Sprachgeschichte im Zeichen der linguistischen Pragmatik. In: Besch, W./Reichmann, O./Sonderegger, S. (Hrsg.): Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung (= Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 2.1). Berlin, New York: de Gruyter, 538-550.
- Dahlem, Franz (1945): Einige Probleme unserer künftigen Arbeit in Deutschland. In: Dahlem, F. (1980): Ausgewählte Reden und Aufsätze 1919-1979. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin: Dietz, 251-269.

- Dahlem, Franz (1947): Schlusswort. In: Bericht von der Delegierten-Konferenz zur Gründung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, 22./23.2.1947. Berlin: Dietz, 59-65.
- Dieckmann, Walther (²1975/1969): Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. Heidelberg: Universitätsverlag Winter.
- Dubiel, Helmut (1999): Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des deutschen Bundestages. München, Wien: Carl Hanser.
- Edgerath, Werner (1947): Nur ein Mensch. Weimar: Thüringer Volksverlag.
- Eiden, Hans (1946): Das war Buchenwald. Tatsachenbericht. In: Gobrecht, H. (Hrsg.) (1995): Eh' die Sonne lacht: Hans Eiden – Kommunist und Lagerältester im KZ Buchenwald. Bonn: Pahl-Rugenstein, 205-264.
- Einheit 1946: Der Beginn einer neuen Zeit für Sozialismus. Hrsg. vom Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus 1, Juni 1946, 2.
- Felbick, Dieter (2003): Schlagwörter der Nachkriegszeit 1945-1949. Berlin, New York: de Gruyter.
- Formalismus 1951 (1952): Der Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur, für eine fortschrittliche deutsche Kultur. Entschließung des Zentralkomitees vom 17. März 1951. In: Dokumente der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats. Band III. Berlin: Dietz, 431-446.
- Geppert, Dominik (²2002): Die Freiheitsglocke. In: François, E./Schulze, H. (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte. Band II. München: C. H. Beck, 238-252.
- Geschke, Ottomar (1945): Rede vom 7. Oktober 1945. In: Bock, H. (Hrsg.) (1947): 2 Jahre Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“. Berlin: Selbstverlag, 91.
- Grimme, Adolf (1946): Jugend und Demokratie. In: Grimme, A. (1947): Selbstbesinnung: Reden und Aufsätze aus dem ersten Jahr des Wiederaufbaus. Braunschweig: G. Westermann, 93-113.
- Grotewohl, Otto (1947): Um die Verfassung der deutschen Republik. In: Bucher, P. (Hrsg.) (1990): Nachkriegsdeutschland 1945-1949 (= Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe 10). Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 282-289.

- Grotewohl, Otto (1949a): Regierungserklärung vom 12.10.1949. In: Steininger, R. (Hrsg.) (2002): Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in vier Bänden. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 111-114.
- Grotewohl, Otto (1949b): Die Deutsche Demokratische Republik und die Intellektuellen. In: Schubbe, E. (Hrsg.) (1972): Dokumente zur Kunst-, Literatur- und Kulturpolitik der SED. Stuttgart: Seewald Verlag, 124.
- Grotewohl, Otto (1950a): Rede zum Tag der Befreiung. In: Grotewohl, O. (1954): Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Band II. Berlin: Dietz Verlag, 48-59.
- Grotewohl, Otto (1950b): Lehrt und lernt für den Frieden! In: Grotewohl, O. (1955): An die Jugend. Berlin: Dietz, 121-129.
- Grotewohl, Otto (1951): Die Kunst im Kampf für Deutschlands Zukunft. Rede Otto Grotewohls zur Berufung der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten am 31. August 1951. In: Schubbe, E. (Hrsg.) (1972): Dokumente zur Kunst-, Literatur- und Kulturpolitik der SED. Stuttgart: Seewald Verlag, 205-209.
- Grotewohl, Otto (1952): Wir ehren und achten unsere Lehrer! In: Grotewohl, O. (1955): An die Jugend. Berlin: Dietz, 266-273.
- Hauff, Karl (Hrsg.) (1946): Niemals vergessen! Gedenkschrift zum Gedenktag für die Opfer des Faschismus in Württemberg-Baden am 15. September 1946. Herausgegeben vom Landesausschuss Württemberg-Baden der vom Naziregime politisch Verfolgten. Landesstelle Stuttgart. Stuttgart: J. F. Schreiber Druck.
- Heider, Magdalena (1993): Politik – Kultur – Kulturbund. Zur Gründungs- und Frühgeschichte des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands 1945-1954 in der SBZ/DDR (= Bibliothek Wissenschaft und Politik 51). Köln: Wissenschaft und Politik.
- Herf, Jeffrey (1998): Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland. Berlin: Propyläen.
- Jaspers, Karl (1946): Die Schuldfrage. In: Jaspers, K. (1986): Erneuerung der Universität. Reden und Schriften 1945/46 (= Lambert Schneider Taschenbücher). Heidelberg: Verlag Lambert Schneider, 113-213.
- Kämper, Heidrun (2005): Der Schulddiskurs in der frühen Nachkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des sprachlichen Umbruchs nach 1945 (= Studia Linguistica Germanica 78). Berlin, New York: de Gruyter.
- Kämper, Heidrun (2006): Opfer – Täter – Nichttäter. Ein Wörterbuch zum Schulddiskurs 1945 – 1955. Berlin, New York: de Gruyter.
- Klaus, Georg/Buhr, Manfred (Hrsg.) (⁸1971): Philosophisches Wörterbuch. Berlin: das europäische buch.

- Klein, Josef (1989): Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik. In: Klein, J. (Hrsg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen: Westdeutscher Verlag, 3-50.
- Klemperer, Victor (1999): So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945 – 1949. 1950 – 1959. Herausgegeben von Walter Nowojski unter Mitarbeit von Christian Löser. Berlin: Aufbau-Verlag.
- Koselleck, Reinhart (1979): Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte. In: Koselleck, R. (Hrsg.): Historische Semantik und Begriffsgeschichte (= Sprache und Geschichte 1). Stuttgart: Klett-Cotta, 19-36.
- KPD 1945: Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands. In: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe III: ab 1945. Berlin: Dietz, 14-20.
- Kulturbund 1945: Manifest zur Gründung des Kulturbundes für die demokratische Erneuerung Deutschlands, 4. Juli 1945. In: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949 (1968). Hrsg. von den Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und der UdSSR. Berlin: Staatsverlag der DDR, 83-88.
- Kulturbund 1949: Grundaufgaben des Kulturbundes. In: Schubbe, E. (Hrsg.) (1972): Dokumente zur Kunst-, Literatur- und Kulturpolitik der SED. Stuttgart: Seewald Verlag, 121-122.
- Leonhard, Wolfgang (1955/1900): Die Revolution entlässt ihre Kinder. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch.
- Lepsius, M. Rainer (1981): Die Teilung Deutschlands und die deutsche Nation. In: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze von M. Rainer Lepsius (1993) (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 100). Göttingen: Vandenhoeck und Rupprecht, 196-228.
- Lepsius, M. Rainer (1989): Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des ‚Großdeutschen Reiches‘. In: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze von M. Rainer Lepsius (1993) (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 100). Göttingen: Vandenhoeck und Rupprecht, 229-245.
- Marx, Karl (1844): Ökonomisch-philosophische Manuskripte. Privateigentum und Kommunismus. Zitiert nach Digitale Bibliothek. Jubiläumsausgabe I.
- NDPD 1948: Grundsätze und Forderungen der National-Demokratischen Partei Deutschlands, 1948. In: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949 (1968). Herausgegeben von den Mi-

- nisterien für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und der UdSSR. Berlin: Staatsverlag der DDR, 643-651.
- Pieck, Wilhelm (1946): Um die Erneuerung der deutschen Kultur. Rede auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der KPD in Berlin am 3. Februar 1946. In: Pieck, W. (1952): Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908-1950. Band II. Berlin: Dietz, 34-67.
- Polenz, Peter von (1999): Deutsche Sprachgeschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Band III: 19. und 20. Jahrhundert (= de Gruyter Studienbuch). Berlin, New York: de Gruyter.
- Reichel, Peter (1995): Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit. München, Wien: Carl Hanser.
- SED Manifest 1946: Manifest an das deutsche Volk, 21. April 1946. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes. Band I (1952). Berlin: Dietz, 24-30.
- SED Grundsätze 1946: Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Steininger, R. (2002): Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in vier Bänden. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 192-196.
- Stiehler, Gottfried *et al.* (Hrsg.) (1973): Freiheit und Gesellschaft. Die Freiheitsauffassung im Marxismus-Leninismus. Berlin: Dietz.
- Ulbricht, Walter (1945): Rede, gehalten am 25. Juni 1945 in Berlin. In: Bucher, P. (Hrsg.) (1990): Nachkriegsdeutschland 1945-1949 (= Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe 10). Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 30-50.
- Weimann, Richard (1946): Kunst und Wissenschaft im neuen Staat. In: Schubbe, E. (Hrsg.) (1972): Dokumente zur Kunst-, Literatur- und Kulturpolitik der SED. Stuttgart: Seewald Verlag, 65-66.
- Wolgast, Eike (2001): Die Wahrnehmung des Dritten Reiches in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1945/46) (= Schriften der philosophisch-historischen Klasse der Heidelberger Akademie der Wissenschaften 22). Heidelberg: Universitätsverlag Winter.